

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des
AUT der Stadt Lörrach
am Donnerstag, den 10.04.2014
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg Böhringer (bis 19.23 Uhr) Cyperrek (ab 17.35 Uhr, in Vertretung Hirt) Brogle Bühler Denzer Escher Ferber Gula Heuer (bis 19.45 Uhr) Piorr Vollmer Simon Vogel (ab 17.35 Uhr) Vollmer Wernthaler
Entschuldigt:	Stadtrat Hirt, Prof. Dr. Paul
Ferner:	FBL Baldus-Spangler FBL Gerhäuser FBI Nef Werkhofleiter Langela (Herren Kohl, Vogel, Basset, Littin, Schling, Städt. Werkhof)
Urkundspersonen:	Stadträte Brogle und Böhringer
Schriftführer:	Herr Funk , Herr Ockenfuß
Beginn:	17.45 Uhr
Ende:	20.32 Uhr

TOP 1

Auftragsvergabe für die zwei Löschfahrzeuge LF 20 nach dem Feuerwehrbedarfsplan 2020 Vorlage: 066/2014

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erläutert kurz die Vorlage.

Stadtrat Simon begrüßt die Ersatzbeschaffung, die der vorhandene Bedarfsplan ermöglicht habe.

Nach einer weiteren befürwortenden Wortmeldung durch Stadtrat Böhringer beschließt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig:

1. Der Ersatzbeschaffung der beiden Löschfahrzeuge wird auf Grundlage des Feuerwehrbedarfsplans 2020 zugestimmt.
2. Der Auftrag zur Lieferung für das Fahrgestell wird an die Firma MAN Truck und Bus Deutschland GmbH, Freiburg, zum Preis von insgesamt 153.664,70 € inkl. MwSt. erteilt.
3. Der Auftrag zur Lieferung für den feuerwehrtechnischen Aufbau wird an die Firma Magirus GmbH, Ulm, zum Preis von insgesamt 390.337,61 € inkl. MwSt. erteilt.
4. Der Auftrag zur Lieferung für die feuerwehrtechnische Beladung wird an die Firma Bittiger GmbH, Kehl, zum Preis von insgesamt 97.451,48 € inkl. MwSt. erteilt.

TOP 2

Asylbewerberunterbringung; mündl. Bericht

Fachbereichsleiterin Gerhäuser berichtet über die Situation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Lörrach. Die Asylbewerberinnen und Asylbewerber würden, wenn sie in Baden-Württemberg ankämen, zunächst in der Landesaufnahmeanstalt in Karlsruhe aufgenommen werden. Danach seien die Landratsämter als untere Aufnahmebehörden für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber zuständig. Die Landratsämter würden die Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Weiteren in Gemeinschaftsunterkünften in den Gemeinden des Landkreises unterbringen. Die Zuweisung in verschiedene Gemeinden erfolge dabei anhand der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde. Die Flüchtlingsunterkunft in Rheinfelden sei bereits voll belegt. Das Landratsamt suche ein Grundstück für eine neue Asylbewerberunterkunft. Im Rahmen der Anschlussunterbringung müssten von ungefähr 180 unterzubringenden Personen im Landkreis Lörrach ungefähr 47 Personen in der Stadt Lörrach untergebracht werden. Dies entspreche einem Anteil von 26 Prozent. Sehr ungünstig sei, dass in Lörrach der Wohnraum sehr knapp sei. Die Stadt müsse Wohnraum zur Verfügung stellen. Die Situation sei sehr schwierig. Leerstehender Wohnraum werde nun dringend benötigt.

Stadträtin Cyperrek dankt zunächst Fachbereichsleiterin Gerhäuser für den Vortrag. Aus der Zeitung habe sie erfahren, dass die Situation momentan sehr schwierig sei. Sie begrüße eine Lösung die keine Unterbringung in Containern vorsehe. Sie fragt, ob es in Lörrach Probleme mit minderjährigen Flüchtlingen gebe.

Stadtrat Wernthaler schließt sich den Worten von Fachbereichsleiterin Gerhäuser an und appelliert ebenso an die anderen Gremienmitglieder, sich dringend um leerstehenden Wohnraum zu bemühen. Flüchtlingspolitik sei Migrationspolitik. Man müsse Wohnraum bereitstellen. Es benötige einer Willkommenskultur. Auch Stadtrat Wernthaler fragt, ob es in Lörrach Probleme mit minderjährigen Flüchtlingen gebe.

Stadträtin Brogle empfindet die Situation ebenso als sehr schwierig. Sie habe Bedenken, dass Privatpersonen Flüchtlinge aufnehmen würden. Sie erhoffe sich eine gute Lösung der Stadt und des Landratsamtes.

Stadträtin Vollmer hält die Zahlen für erschreckend. Man könne davon ausgehen, dass sich die Problematik noch verschlimmern würde. Die Bürger in Rheinfelden würden sich große Mühe geben und sich sehr um die Asylbewerberinnen und Asylbewerber kümmern. In Lörrach selbst gebe es leider nicht genügend Wohnraum, um alle Flüchtlinge unterbringen zu können. Man müsse die Augen offen halten und stets abwägen, ob es genügend freie Immobilien gebe oder ob man eine Aufnahmeunterbringung bauen müsse.

Stadtrat Escher bezweifelt, dass genügend Zeit zum Bau einer neuen Aufnahmeeinrichtung verbleibe. Er sehe große Probleme bei der Integration der Flüchtlinge und wolle die Aufnahme-Euphorie bremsen. Er selbst habe 13 Flüchtlinge betreut, die nur geringfügig integrationsbereit gewesen wären. So hätten die Flüchtlinge den ordnenden staatlichen Instanzen kaum Respekt entgegen gebracht. Er sehe große Probleme bei der Versorgung dieser Menschen. Man müsse stets erkenntnisdienliche Behandlungen bei den Personen durchführen. Probleme gebe es selbst bei der Anwesenheit von Dolmetschern. Die Unterbringung der Flüchtlinge in Containern dürfe nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund des schlechten Umgangs der Flüchtlinge mit ihrer Unterbringungseinrichtung hätte bereits eine dieser Einrichtungen wieder abgerissen werden müssen. Das LRA sei mit der Unterbringung aller Flüchtlinge überfordert. Die Flüchtlinge seien sehr arm und mit der Lebensweise hier absolut unvertraut. Von den Flüchtlingen müsse auch ein stärkerer Wille zur Integration gezeigt werden. Leider gebe es in der Grenzstadt Lörrach viele Schleuser-Banden.

Stadträtin Cyperrek findet die Thematik insgesamt sehr wichtig und diskussionswürdig. Sie ist der Meinung, dass es durchaus vorkomme, dass Menschen, die teilweise aus Bürgerkriegsgebieten geflohen sind, sich nicht immer adäquat verhalten würden. Man dürfe die Personen aber nicht klassifizieren. Es gebe auch viele Beispiele gelungener Integration. Trotzdem könne die Situation durchaus schwierig werden. Die Stadt Schönaunahme übrigens sehr viele Flüchtlinge auf.

Stadtrat Berg äußert, dass man nicht alle Flüchtlinge über einen Kamm scheren dürfe. Man dürfe aufgrund von Flüchtlingsbewegungen keine Schreckensszenarien aufbauen.

Stadträtin Gula sagt, dass man nicht sagen dürfe, dass bestimmte Ethnien besonders integrationsfähig oder –unfähig seien. Es gebe sowohl gute als auch schlechte Beispiele.

Fachbereichsleiterin Gerhäuser könne nur wenig Auskunft zu minderjährigen Flüchtlingen geben, da die Stadt Lörrach hier nicht zuständig sei. Bei der Ersteinreise würden Asylbewerberinnen und Asylbewerber einen Sprach- und einen Integrationskurs absolvieren. Die Anschlussunterbringung der bereits in Lörrach untergebrachten Personen verlaufe sehr gut. Je nach Aufenthaltsstatus könnten Kinder in der Schule in bestimmten Sprachförderklassen unterrichtet werden. Kontakte zum „Arbeitskreis Miteinander“ wurden bereits geknüpft. Die Kooperation mit anderen Städten und Gemeinden wäre natürlich schön und wünschenswert, gestalte sich allerdings aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen relativ schwierig.

Der Vorsitzende äußert ebenso Bedenken in der Angelegenheit. Auch in anderen Städten und Gemeinden gebe es Probleme mit der Unterbringung der Flüchtlinge. Auch mit der eritreischen Gemeinde stehe man bereits in Kontakt. Die Motivation der Flüchtlinge sich zu integrieren sei durchaus unterschiedlich. Als Gesellschaft könne man sich der Aufnahme von Menschen aus Krisengebieten nicht verschließen. Wenn das Landratsamt der Stadt Lörrach eine gewisse Personenzahl zur Unterbringung zuweist, müsse man die Unterbringung auch gewährleisten und umsetzen. Man wolle durchaus tatkräftig an dieser Umsetzung arbeiten.

Stadtrat Heuer fragt, wer die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen trage bzw. wie sehr man finanziell dafür ausgestattet sein müsse.

Stadtrat Wernthaler fragt, wie die derzeitige Arbeitssituation in Lörrach sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der ersten Phase des Asylverfahrens nicht regulär arbeiten dürften, lediglich beispielsweise Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung (sogenannte „Ein-Euro-Jobs“) annehmen dürften. Erst eine ausländerrechtliche Duldung würde den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern eine reguläre Arbeitsaufnahme ermöglichen. Eine Einweisung in eine Unterkunft würde der Einweisung eines Obdachlosen gleichkommen, die Kosten würden vom Landratsamt bzw. dem Sozialamt getragen werden.

Stadtrat Escher betont, sich nicht gegen bestimmte ethnische Gruppen geäußert haben zu wollen, er sehe dennoch große Probleme bei der Vielzahl der Flüchtlinge. Die Stadt Lörrach habe in der Problematik wenige Einflussmöglichkeiten. Behördliche Lenkungen würden auch nichts bringen, solange von Seiten der Flüchtlinge kein Integrationswille vorhanden sei. Für die Flüchtlinge sei überdies in unserer Lebenswelt vieles fremd. Es wäre schön wenn man in Lörrach durch Kriegswirren getrennte Familien wieder zusammenführen könne. Man müsse stets für die verschiedensten Problemlagen

gerüstet sein. Dabei wünsche er eine gute Hand und er hoffe, dass sich die Kosten in Grenzen halten.

Stadtrat Böhringer führt aus, dass man differenzieren müsse. Die Menschen befänden sich in großen Notlagen. Man dürfe nicht alle der Flüchtlinge über einen Kamm scheren. Die europäischen Staaten seien sich in ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik leider nicht immer einig. Man müsse auch verstehen, wenn sich Flüchtlinge in Deutschland fremd fühlen. Er hoffe, diese Leute könnten sich bestmöglich integrieren.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 3

Polleranlage Fußgängerzone Innenstadt; mündl. Bericht

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und berichtet, dass zwischenzeitlich mit Anwohnern und Pro Lörrach Gespräche stattgefunden hätten.

Fachbereichsleiter Nef stellt sodann anhand einer PP-Präsentation (Anlage 1) den Vorschlag der Verwaltung zur Absperrung der Zugänge zur Fußgängerzone in der Innenstadt durch eine Polleranlage vor.

Mit dem Erstellen der Polleranlage werde auch das Ziel verfolgt, die Zahl der Ausnahmegenehmigungen künftig zu reduzieren. Für die Notdienste (Feuerwehr, DRK) würden Sender zur Bedienung der Anlage beschafft werden. Das Thema Lieferzeiten für die Belieferung der Geschäfte in der Fußgängerzone sei intensiv diskutiert worden.

Stadtrat Escher dankt für den Bericht und bemängelt, dass die PP-Präsentation den Fraktionen nicht schon vorher zur Vorbereitung der Diskussion zur Verfügung gestanden hat. Er halte bezüglich der Lieferzeiten das Offenhalten der Fußgängerzone bis 11.00 Uhr für möglich, samstags könne bereits ab 10.00 Uhr geschlossen werden. Im Übrigen könnten die Zeiten getestet werden; sie seien jederzeit zu ändern. Er sei allgemein der Auffassung, dass das Gremium bzw. der Gemeinderat durchaus über den Standort und die Öffnungszeiten diskutieren könne, wohl wissend, dass die Anlage selbst durch Verwaltungsakt (Straßenverkehrsbehördliche Anordnung) ermöglicht werde.

Stadträtin Cyperrek begrüßt die Polleranlage. Ihre Fraktion stehe ebenfalls dahinter. Eventuell müsse man noch über die Öffnungszeiten reden. Es stehe fest, dass insbesondere Fußgänger durch Fahrzeuge behindert würden. Die Fußgängerzone würde zudem des Abends als Autoabstellfläche missbraucht. Beantragte Ausnahmegenehmigungen müssten genau überprüft werden. Sie halte es jedoch noch für notwendig, über die Frage der Pollerstandorte zu diskutieren und bittet, dann gleichzeitig über die Pläne und Vorhaben zum Dienstleistungszentrum zu informieren.

Stadtrat Ferger sieht als zentralen Punkt eine gute Aufenthaltsqualität, stehe doch der Einzelhandel im abgesperrten Bereich in Konkurrenz zum Online-Handel. Er fragt, ob spezielle Haltepunkte für die Lieferdienste vorgesehen sind und hält diese für notwendig.

Es sei sehr wichtig, die Voraussetzungen zum Befahren der Fußgängerzone nicht zu verwässern, meint Stadtrat Denzer. Die Öffnungszeiten der Polleranlagen könnten jederzeit geändert werden. Es stelle sich jedoch die Frage, wie eingesperrte Fahrzeuge wieder aus der Fußgängerzone herauskämen. Falls der Auslass individuell geregelt werde, spreche sich dies herum und werde immer öfter in Anspruch genommen werden. Er frage sich außerdem, wie bei Baustellen mit mehreren Handwerksfirmen verfahren wird.

Fachbereichsleiter Nef antwortet und erläutert wie folgt:

- Jede Polleranlage könne durch eine eigene Steuersäule betrieben werden.
- Die Steuersäulen würden per Magnetkarte oder Handfunksender bedient.
- Wenn sich die Poller gehoben hätten, kämen Autos, die sich noch in der Fußgängerzone befinden, nur bei entsprechender Programmierung heraus. Die Poller könnten nur noch durch Fernbedienung in der Verwaltung (Auslösung durch Handy) gesenkt werden.
- Wenn jemand länger in der Fußgängerzone verweilen müsste (Handwerker), würde nach Prüfung eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Magnetkarten könnten entsprechend programmiert werden.
- Für den Wochenmarkt gebe es eine spezielle Regelung. Hier müssten die Poller im Altspitalgässchen wie auch in der Wallbrunnstraße zu bestimmten Zeiten gesenkt werden.
- Bei Baustellen werde wie bisher so verfahren, dass für jedes Handwerks-/Baufirmenfahrzeug eine eigene Genehmigung erforderlich wird.
- Die Beschilderung / Verkehrszeichen im Bereich der Fußgängerzone müsse entsprechend der neuen Situation geändert werden. Öffnungs- und Lieferzeiten würden dort benannt sein.
- Zur aufgetretenen Standortdebatte meint er, dass alle Randzugänge zur Fußgängerzone durch Poller abgesperrt würden, ausgenommen im Bereich der Turmstraße, weil die Durchfahrt des Stadtbusses gewährleistet sein muss.
- Die Grabenstraße sei nicht durch Poller abzusperren, da es sich hier um keine Fußgängerzone handle. Der vorliegende Verwaltungsvorschlag beinhalte die Absperrung der Fußgängerzone.

Der Vorsitzende bemerkt zu den aufgetretenen Fragen eines Standorts zum Abstellen / Anhalten von Lieferfahrzeugen, dass Lieferbetriebe das Personal dazu anhalten, die Fahrzeuge nicht abzustellen. Zur Vorlage bemerkt er weiter, dass es Auftrag an die Verwaltung gewesen sei, die Fußgängerzone durch Poller absperren zu machen. Künftige Entwicklungen seien derzeit nicht abzusehen.

Stadtrat Heuer spricht sich dafür aus, nun Konkretes zu beschließen („Nägel mit Köpfen zu machen“). Es habe Einigkeit über die Standorte der Polleranlagen bestanden. Er halte es noch für erforderlich, beim Nachtbetrieb die Einfahrt für Behinderte (Taxis) zu besprechen, ebenfalls die nächtliche Apothekenbelieferung und wie mit dem Datenschutz (Speicherung von Nutzerdaten) umgegangen wird.

Stadtrat Escher hält es für dringend erforderlich, dass an den Polleranlagen deutliche Hinweise, z.B. Öffnungszeiten, angebracht sind. Eindeutige Richtlinien seien für Mißbrauchsfälle oder bei eingesperreten Fahrzeugen erforderlich. Hier gelte es erzieherisch einzuwirken, eben auch durch Sanktionen. Die Standorte der Polleranlagen halte er für richtig. Es gebe keine Besseren. Er halte es jedoch für denkbar, die Grabenstraße umzuwidmen.

Stadträtin Cyperrek hält eine Standortdiskussion noch für erforderlich. Sie sei auch durch die Oberbürgermeisterin zugesagt worden – und darauf werde bestanden. Stadtrat Escher bestätigt die gemachte Zusage.

Fachbereichsleiter Nef antwortet auf verschiedene Fragen:

- Im Mißbrauchsfall werde ein Verwarnungsgeld von 35 EUR ausgesprochen.
- Für die Änderung der Öffnungszeiten sei ein Votum des Gemeinderats erforderlich.
- Es könne nicht jeder Hotelgast einen Sender / eine Magnetkarte erhalten.
- Für die Apothekenzufahrten werde eine Lösung gefunden werden.
- Datenschutz: nicht jede Bewegung werde ausgewertet; man müsse aber bei Missbrauch die Augen offen halten.

Der Vorsitzende ergänzt bezüglich von Ausnahmen, dass die Gewährung zu vieler Einzelfälle eine generelle Regelung obsolet mache. Die Schließzeitenregelung habe auch das Ziel, einen Erziehungseffekt zu erreichen. Man müsse auch sehen, dass nicht abgesperrte Städte später beliefert werden, als abgesperrte Städte. Die Lieferfirmen müssten sich an Schließzeiten gewöhnen. Ziel sei, in der Fußgängerzone allgemein weniger Fahrzeuge, auch weniger Lieferfahrzeuge, zu haben.

Er fordert die Fraktionen auf, entsprechende schriftliche Anträge zu stellen, wenn Änderungen der Schließzeiten oder der Standorte angestrebt werden.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt vom Bericht Kenntnis.

TOP 4

Veloeinstellhalle - vertragliche Regelungen mit follow me; mündl. Bericht

Fachbereichsleiter Nef führt zunächst anhand einer Präsentation (Anlage 2) in das Thema ein. Die Eröffnung der Veloeinstellhalle sei für den 9. Mai 2014 geplant.

Stadtrat Escher fordert, dass zukünftig Power-Point-Präsentationen, die in Sitzungen gezeigt werden, den Gemeinderatsmitgliedern vorab zugesandt werden. Er wolle wissen, ob in der Gebührenkalkulation für die Veloeinstellhalle bereits Aufwendungen für den Winterdienst und weitere Aufwendungen eingerechnet seien. Er empfinde die Gebühren als sehr hoch. Er wolle ebenso wissen, wie die Veloeinstellhalle überwacht werden würde. Die Halle an sich empfinde er als sehr klein. Sie könne durchaus größer und schöner sein.

Stadträtin Cyperrek empfindet die Gebühren ebenfalls als sehr hoch.

Stadtrat Wernthaler hält die Fahrradstation für sehr gelungen. Die Zusammenarbeit mit der Firma „follow me“ sei gut und müsse weitergeführt werden. Der Preis sei für ihn nicht zu hoch angesetzt. Vielleicht könne man die Entgelte mit der Zeit noch anpassen, an für sich halte er diese aber für moderat. Die Velohalle sei besonders gut für Pedelecs und höherwertige Fahrräder geeignet, da diese dort geschützt seien.

Stadträtin Brogle findet die Entgelte ebenfalls, gerade für Schüler und Rentner, zu hoch. Sie fragt, ob Besitzer der KONUS-Karte Rabatte bekommen würden.

Stadtrat Vogel fragt ebenfalls, ob die Veloeinstellhalle auch nachts überwacht sei.

Fachbereichsleiter Nef erklärt, dass die Veloeinstellhalle grundsätzlich videoüberwacht werde. Bei technischen Defekten an der Sicherheitsanlage würden die Türen automatisch schließen und sich nicht mehr öffnen lassen. Der Preis sei, auch im Vergleich mit anderen Städten die vergleichbare Einstellmöglichkeiten anbieten, als durchschnittlich zu bewerten und keinesfalls höher als in anderen Städten. Der Hauptgedanke bestehe darin, die Fahrradankunft von der Schiene an den Arbeitsplatz zu verbessern. Die Gebühren seien in diesem Kontext nicht als zu hoch zu bewerten. Die Gebühr in Höhe von ca. 70,00 Euro pro Jahr halte er für moderat. Eine Rabattierung für Besitzer der KONUS-Karte sei bisher nicht vorgesehen.

Stadtrat Escher wiederholt, dass es ihm sehr wichtig sei, dass zukünftig Power-Point-Präsentationen, die in Sitzungen gezeigt werden, den Gemeinderatsmitgliedern vorab zugesandt werden.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5

Verkehrskonzept Innenstadt;

a) Aufhebung der Sperrung Senigallia Platz

b) Zulassung des Radverkehrs entgegen der Einbahnrichtung in der Riesstraße

c) städtebaulicher Wettbewerb für den Vorplatzbereich am Kreiskrankenhaus/Spitalstraße

Vorlage: 068/2014

Der Vorsitzende erteilt nach Aufruf des Tagesordnungspunktes Fachbereichsleiter Nef das Wort. Dieser erläutert anhand einer PP-Präsentation (Anlage 3) die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Innenstadt.

Stadtrat Escher kündigt an, dass seine Fraktion sich noch nicht und erst in der Sitzung des Gemeinderats äußern werde. Es bedürfe noch einer Beratung in der Fraktion. Diese werde, das könne man jetzt schon sagen, der Vorlage kaum zustimmen. Er kritisiert, dass die falschen Anwohner befragt wurden (die Anwohner der Haager Straße und der Spitalstraße zum Wegfall von Parkplätzen in der Riesstraße) und weiter die Form der Befragung. Er hätte erwartet, dass Anwohner persönlich angeschrieben würden.

Stadträtin Cyperrek verweist ebenfalls darauf, erst in der Gemeinderatssitzung beschließen zu wollen. Die SPD-Fraktion könne dort Ziffer b) des Vorlagenbetreffs – Zulassung des Radverkehrs entgegen der Einbahnrichtung in der Riesstraße- und Ziffer c) –städtebaulicher Wettbewerb für den Vorplatzbereich am Kreiskrankenhaus/Spitalstraße- zustimmen. Dies entspräche den Anträgen der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Sie könne jedoch der Öffnung des Senigalliplatzes nicht zustimmen, Ziffer a) –Aufhebung der Sperrung des Senigalliplatzes-.

Stadtrat Berg äußert sich für seine Fraktion ähnlich. Sie seien ebenfalls dagegen, die Sperrung des Senigalliplatzes aufzuheben. Die Methode der Befragung der Anwohner werde ebenfalls in Frage gestellt. Grundsätzliche Fragen könnten dadurch nicht beantwortet werden. Er weist darauf hin, dass es seit 2001 Grundsatzbeschlüsse zur Verkehrsberuhigung in der Innenstadt gebe und hierzu Gutachten vorlägen. Eine Verkehrsberuhigung könne am Senigalliplatz nur erreicht werden, wenn die Durchfahrt nicht ermöglicht wird.

Stadtrat Denzer kündigt namens seiner Fraktion an, ebenfalls erst in der Sitzung des Gemeinderats Stellung nehmen zu wollen.

Stadträtin Vollmer äußert sich zustimmend zum Verwaltungsvorschlag. Die Aufhebung der Sperrung des Senigalliplatzes behebe eine ungute Situation.

Nach weiteren Wortmeldungen durch die Stadträte Escher, Ferger nimmt der Vorsitzende noch einmal Stellung in dem er daran erinnert, dass es im Jahr 2013 unterschiedliche und in Teilen gegensätzliche Anträge gegeben habe, über die befunden worden seien. Hier sei eine Befragung der Anwohner vorgesehen gewesen. Er halte den Beschlussvorschlag als Kompromiss für gut.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik verweist die Vorlage zur weiteren Diskussion und zum Beschluss in die Sitzung des Gemeinderats.

TOP 6

Bekanntgaben

Keine Bekanntgaben.

TOP 7

Allgemeine Anfragen

Der Vorsitzende beantwortet eine Frage von Stadtrat Escher bezüglich der nicht durchgeführten Kaminerhöhung am Hallenbad Lörrach.

TOP 8

Offenlegungen

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt von folgenden Offenlegungen Kenntnis:

8.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 20. Februar 2014

8.2 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 20. März 2014

8.3 Antrag auf Einrichtung einer „Tempo-30-Zone“ im Bereich Grundschule Tumringen; Schreiben der Schule vom 17. März 2014

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Dr. Wilke

Urkundspersonen:
gez. Brogle / Böhringer

Schriftführung:
gez. Funk / Ockenfuß